

Stellungnahme Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsentwurf 2003

Redemanuskript

Sehr geehrter Herr Landrat, meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn das Volumen unserer Haushaltsrede ähnlich knapp bemessen sein müsste, wie der mittlerweile mehrfach zusammengestrichene Haushalt für das Jahr 2003, dann könnte ich an dieser Stelle eigentlich gleich wieder einen Punkt machen und den Heimweg antreten. Aber da es in Zeiten knapper Ressourcen bekanntlich darum gehen muss, aus dem wenig Verfügbaren schlicht das Bestmögliche zu machen, will ich hierzu einige Erläuterungen und Hinweise aus unserer Sicht liefern.

Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Rede den Haushalt 2003 einen „Haushalt der Ernüchterung“ genannt. Das trifft den Kern der Sache ziemlich gut. Auch wir sehen die Entwicklung der kommunalen Finanzsituation mit großer Sorge, egal ob es sich dabei um den Haushalt einzelner Gemeinden oder um die Finanzen des Kreises handelt. Aus unserer Sicht kann es jedoch nicht darum gehen, dass sich jetzt die kommunale Ebene gegenseitig das Leben schwer macht. Symptomatisch für diese Situation ist der Schlagabtausch der Bürgermeister mit der Kreisverwaltung, dem wir in der bisherigen Form nur wenig produktive Aspekte abgewinnen können. Dabei könnte das Wort Ernüchterung in diesem Zusammenhang auch durchaus eine positive Qualität bekommen, wenn nämlich sachlich und mit klarer Strategie gemeinsam die Lösung der kommunalen Finanzprobleme angegangen würde.

Aus unserer Sicht muss es dabei beispielsweise darum gehen, die Verwaltungsstrukturen noch effizienter zu machen, Potentiale für Verbesserungen auf kommunaler Ebene gemeinsam zu erschließen, echte Schlüsselbereiche für die zukünftige Entwicklung der Region (wie z.B. den Bildungssektor) eindeutig zu identifizieren und dafür dann auch die notwendigen Mittel bereitzustellen. Dass dies nicht mit einem Taschengeld zu machen ist, dürfte jedem klar sein, der sich schon mal ernsthaft mit der Finanzierung solcher Projekte beschäftigt hat.

Dennoch werden ein strikter Sparkurs und Effizienzsteigerungen allein nicht dauerhaft zur Konsolidierung der Haushalte ausreichen, wobei ich jetzt gleich bei einem der Hauptpunkte unserer kritischen Finanzsituation sein werde. Ich frage Sie: Wie kann es sein, dass die Steuerkraftsumme der Städte und Gemeinden im Landkreis innerhalb eines Jahres von über 180 Mio. € auf weniger als 165 Mio. € (d.h. in einer Größenordnung von fast 10%) einbricht, obwohl wir volkswirtschaftlich gesehen immer noch ein leichtes Wachstum haben. Auch wenn ich mir jetzt bei einem Teil von Ihnen – liebe Kolleginnen und Kollegen – Buhrufe und Widerspruch einhandeln werde, muss ich an dieser Stelle klar sagen: Es fehlt an adäquaten Steuereinnahmen auf kommunaler Ebene. Man kann das Problem auch als Frage formulieren: Darf es sein, dass durch die Unternehmenssteuerreform und weitere steuermindernde Maßnahmen die öffentlichen Haushalte stranguliert werden?

Sie haben sicherlich bemerkt, dass es sich um eine rein rhetorische Frage handelt: Aus unserer Sicht fehlt es jedenfalls ganz klar an Geld. Zumindest an Geld, das auf der kommunalen Ebene auch ankommt und damit den Gemeinden und Kreisen einen Handlungsspielraum erhält.

Hier muss es wieder zu deutlichen Verbesserungen kommen, zumal der kommunalen Ebene neben den bisherigen Aufgaben auch ständig neue Aufgaben übertragen werden und - zu Recht! - auch deren Umsetzung erwartet wird.

Exemplarisch und als jüngstes Stück in einer längeren Reihe kann in diesem Zusammenhang die Einführung der Grundsicherung genannt werden, was für den Landkreis zukünftig einen ganz erheblichen Mehraufwand bedeuten wird. Hinzu kommen aber generell steigende Aufgaben und Ausgaben bei der Sozial- und Jugendhilfe und nicht zuletzt eine wahre Kostenexplosion bei der Umlage an den Landeswohlfahrtsverband (zusätzlich 1,8 Mio. € oder mehr als 10 %). Dieser letzte Punkt ist schon allein deshalb bemerkenswert, weil für das kommende Jahr bereits jetzt eine weitere Erhöhung um nochmals mehr als 10% angekündigt ist. Obwohl unsere Fraktion auf Nachfrage hin bereits verschiedene Informationen erhalten hat, sehen wir die finanzielle Entwicklung in diesem Bereich sehr kritisch und werden bezüglich den LWV--Finanzen verstärkt Rechenschaft einfordern. Dies erwarten wir im Übrigen auch von der Verwaltung, denn es kann nicht angehen, dass immer mehr Kosten einfach nach unten durchgereicht werden. Wir reichen sie dann noch weiter an die Gemeinden unseres Kreises, die z.T. nicht mehr ein noch aus wissen.

Aus diesen Beispielen wird klar, dass eine drastische Ausgabenbegrenzung im Verwaltungshaushalt sehr schwer realisierbar ist. Was wäre denn beispielsweise konkret die Alternative zu den heutigen Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe?

Abgesehen davon wäre bei einem Teil der sogenannten Freiwilligkeitsleistungen im Verwaltungshaushalt sogar eher noch eine Ausgabensteigerung sinnvoll: Mit so wenig finanziellem Einsatz des Kreises in sozialen, kulturellen und sportlichen Belangen könnten sonst niemals auch nur halbwegs vergleichbare Leistungen erbracht werden. Oder anders ausgedrückt: Wenn es nicht schon lange die sogenannten Freiwilligkeitsleistungen des Kreises gäbe, müsste man sie schleunigst erfinden! Vor diesem Hintergrund bedauern wir es sehr, dass eine ganze Reihe von Organisationen, die teilweise schon jahrzehntelang wertvolle ehrenamtliche Arbeit leisten, auch im kommenden Jahr wieder leer ausgehen oder aber nicht angemessen finanziert werden. Als Beispiel ist hier „Pro Familia“ zu nennen, die mit der jetzigen Finanzausstattung nicht überlebensfähig ist. Wir werden, trotz aller finanzieller Restriktionen, einem Erhöhungsantrag zustimmen. Hier würde ohne zusätzliche Mittel etwas kaputtgespart, was wir dringend brauchen. Insofern sind wir mit dem im zuständigen Ausschuss von Kollege Guse formulierten Vorschlag, bei den freiwilligen Leistungen zunächst einmal keine Abstriche vorzunehmen, absolut einverstanden. Die ablehnende 10 zu 9-Abstimmung zu dem vermittelnden Erhöhungsantrag für „Pro Familia“ möchten wir jedoch gerne korrigiert wissen. Gerade auch im direkten Vergleich mit den gängigen Kosten / Nutzen-Relationen bei investiven Ausgaben – wird hier wirklich am falschen Platz gespart!

Womit wir beim Kernpunkt des Haushalts – den Investitionen – angekommen wären. Wir befürworten ausdrücklich die geplanten Investitionen im Bereich der beruflichen Schulen und bei der Landesberufsschule. Viel zu befürworten gibt es hier allerdings nicht mehr, weil beide Bereiche im Verlauf der Haushaltsberatungen deutliche Kosteneinschnitte erfahren haben. Waren beispielsweise für die Erweiterung Landesberufsschule ursprünglich noch mehr als 2,5 Mio. € veranschlagt, liegen die geplanten Investitionen mittlerweile nur noch bei 1,07 Mio. €. An dieser Stelle möchten wir auch nochmals anmerken, dass die Verwaltung es bis heute versäumt hat, bei den Schulen ganz grundsätzlich Abschreibungen und Verzinsung des Anlagekapitals auszuweisen. So werden im Haushaltsplan die tatsächlichen Kosten eben nicht ausgewiesen.

Doch auch bei den Instandsetzungsmaßnahmen an Schulgebäuden wurde kräftig auf die Bremse getreten: Bei den kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Schulen in

Donaueschingen wurde der Vollwärmeschutz beispielsweise vollständig gestrichen. Wenn dann gleichzeitig im Vorbericht zum Haushaltsplan erläutert wird, dass der Landkreis derzeit nur noch 90% der erhaltenen Sachkostenbeiträge auch wirklich für diesen Bereich ausgibt, ist nach unserem Ermessen das Maximum der noch vertretbaren Sparmassnahmen erreicht.

Wenn es ums rigorose Sparen geht, ist der öffentliche Personennahverkehr für viele ein willkommenes Betätigungsfeld. Deshalb hatten wir auch schon fest damit gerechnet, dass im Landkreis – und darüber hinaus – der Ringzug wieder grundlegend in die Diskussion kommen wird. Ich möchte deshalb für unsere Fraktion an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass wir die Kreisausgaben in diesem Bereich mit etwas mehr als 1 Mio. € als Investition in die Zukunft sehen. Selbstverständlich hoffen wir darauf, dass das Gesamtkonzept im vorgesehenen Zeitplan umgesetzt werden kann. Da der Betriebsbeginn in einem einigermaßen schieneneindlichen Umfeld geschehen wird – erinnert sei nur an die konzeptionellen Probleme mit der Schwarzwaldbahn oder an die unsäglichen Rückzugsgefechte der DB Cargo aus der Fläche – ist es aus unserer Sicht umso wichtiger, dass die drei beteiligten Landkreise hier entschieden Flagge zugunsten des Schienenverkehrs zeigen. Wenn dies zusätzlich durch die Einführung eines gemeinsamen Tarifverbunds mit den Landkreisen Rottweil und Tuttlingen flankiert wird, ist dies umso besser!

Was uns wirklich sehr überrascht hat, ist der harte Sparkurs im Bereich des Kreisstraßenbaus: Waren Anfangs der Haushaltsberatungen noch Ausgaben in Höhe von 2,7 Mio. € vorgesehen, wurden im Laufe der Beratungen die Investitionen um weitere 1,8 Mio. € reduziert, so dass wir im Landkreis zukünftig wohl nur noch selten den Geruch von frischem Bitumen in die Nase bekommen werden! Angesichts von fast 320 km Kreisstrassen bleibt bei dieser Investitionshöhe im Sinn einer nachhaltigen Bewirtschaftung des Vermögens nicht mehr viel Spielraum. Bei derart rigorosen Sparmaßnahmen möchte ich an dieser Stelle auch auf ein weiteres Problem hinweisen, das man keinesfalls auf die leichte Schulter nehmen darf: Schon jetzt läuft ein harter Konzentrations- und Verdrängungsprozess bei den Tiefbaufirmen. Das kostet zunächst einmal Arbeitsplätze. Und wenn nach „erfolgreicher“ Marktbereinigung dann der Landkreis irgendwann wieder etwas ausgabenfreundlicher sein wird, werden vermutlich nicht mehr allzu viele Bieter mit preisgünstigen Angeboten bereitstehen. Echte Mittelstandsförderung hat aus unserer Sicht deshalb ganz stark auch mit Finanzkontinuität zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie bemerken schon: Die Welt scheint Kopf zu stehen! Die Grünen plädieren für mehr Kontinuität beim Kreisstraßenbau! Deshalb wird es an dieser Stelle höchste Zeit, ein urgrünes Thema, nämlich den Schutz der natürlichen Ressourcen aufzugreifen. Was sich dabei der zuständige Fachausschuss im Bereich der Altlastenerkundung geleistet hat, ist schon ein starkes Stück! Halb Schweningen sitzt beispielsweise auf Altlasten und es gibt noch eine Vielzahl ungeklärter Verdachtsflächen, die dringend weiter erkundet werden müssten. Ein Kindergarten muss beispielsweise seinen Außenbereich wegen möglicher Gesundheitsrisiken sperren. Die Sanierungskosten von – lange vernachlässigten(!!) – Altlasten erreichen schwindelerregende Höhen. Und der Ausschuss streicht einfach munter die Mittel für die weitere Erkundung zusammen. Abgesehen davon, dass die gesetzliche Verpflichtung besteht, Verdachtsflächen zügig zu erkunden, ist dies auch aus volkswirtschaftlicher, gesundheits- und umweltpolitischer Sicht ein wahres Trauerspiel. Glaubt hier etwa jemand, dass überhaupt keine Belastungen vorhanden sind? Oder besteht etwa die Hoffnung, dass nach einer weiträumigen Kontamination des Grundwassers zukünftig die Sanierungskosten günstiger ausfallen werden? Es ist wirklich traurig!

Nicht ganz zufällig ist das Thema Altlasten oftmals direkt mit dem Bereich Abfallwirtschaft verbunden: Wir haben zwar einerseits die berechtigte Hoffnung, dass wir mit unseren

heutigen Vorsorgemaßnahmen die Umwelt nachhaltiger schützen, als dies noch vor 50 oder auch noch vor 25 Jahren der Fall war. Beim Deponiebetrieb führt dies beispielsweise dazu, dass im Bereich der Sickerwasserbehandlung und der Deponieabdeckung heute deutlich mehr Aufwand betrieben wird, als dies früher üblich war. Dennoch gibt es auch heute gerade in diesen beiden Bereichen immer noch heftige und kontroverse Diskussionen über die besten Schutzmaßnahmen und Behandlungskonzepte, was die „Langzeitverlässlichkeit“ der heutigen Rezepte doch wieder etwas in Frage stellt. Deshalb ist es ganz entscheidend, dass der eingeschlagene Weg permanent und sachkundig begleitet sowie erstklassig dokumentiert wird. Nur so besteht die Chance, eventuell vorhandene Schwachstellen beim gewählten Konzept rechtzeitig zu bemerken und gegensteuern zu können. Angesichts der Millionenbeträge, um die es in diesem Bereich geht, ist dies sicher eine nachvollziehbare Forderung.

Bei den Kosten sollte zudem ganz grundsätzlich noch eine größere Transparenz hergestellt werden. Wir stellen uns hierbei – wie bereits mehrfach dargelegt - einen durchgängigen SOLL – IST- Vergleich sowohl bei den Kosten als auch bei den behandelten Mengen vor. Im Detail vermissen wir diese Transparenz beispielsweise bei den Zahlungen an den Landkreis Tuttlingen, vor allem jedoch im Bereich „Sammlung und Transport“ sowie bei einem Teil der Verwertungsmaßnahmen. Wenn jetzt beispielsweise bei der Altpapierverwertung eine Kostensteigerung von fast 14% im Raum steht, lässt sich das nicht nur mit irgendwelchen Preisgleitklauseln begründen. Abgesehen davon ist es auch ein zweifelhafter Vorteil für den Bürger, wenn zwar einerseits die Müllgebühren relativ stabil bleiben, andererseits aber die Gesamtkosten der Abfallwirtschaft um 9 % ansteigen.

Lassen Sie mich jetzt noch zu einem ganz anderen Bereich der Kreispolitik kommen, der ebenfalls mit viel Geld, mit mäßiger Transparenz, dafür aber mit umso mehr Emotionen behaftet ist: dem Krankenhauswesen. Zunächst einmal möchte ich den bisher zurückgelegten Weg mit dem städtischen Klinikum Villingen-Schwenningen positiv hervorheben. Das bisher Erreichte war weder leicht noch selbstverständlich.

Als großer Vorteil besteht jetzt die Möglichkeit, dass in weiteren Verhandlungen auf dem bisherigen Ergebnis aufgebaut werden kann. Der größte Nachteil an dem gemeinsamen medizinischen Konzept ist die kategorische Stilllegungskonzeption für das Krankenhaus Furtwangen. Obwohl wir in der Sache selbst bei den derzeitigen Randbedingungen ebenfalls dringenden Handlungsbedarf sehen, haben wir jedoch stets für einen geordneten Übergang in neue Behandlungsstrukturen plädiert.

Diese Vorgehensweise fand in der Kreistagssitzung vom 4. November 2002 sogar eine Mehrheit: Es sollte zuerst ein tragfähiges medizinisches Konzept für den Standort Furtwangen erstellt und vor allem auch vertragsrechtlich verifiziert werden, bevor Veränderungen am bisherigen Betrieb vorgenommen werden sollten. Dieser Vereinbarung wurde jedoch durch den kurzfristig gefassten Beschluss zur Betriebsstilllegung die Basis entzogen. Jetzt galt wieder: Betriebsstilllegung vor verifiziertem Neukonzept. Und so wie es im Moment aussieht, wird sich die Reihenfolge vielleicht ja nochmals umkehren.

Vor diesem Hintergrund halten wir die bisherige Vorgehensweise insgesamt für nicht ganz glücklich und können den Unmut der betroffenen Bevölkerung gut nachvollziehen. Alle Appelle von außen – beispielsweise zur Gründung eines runden Tisches in Furtwangen oder zur breiteren Diskussion über die Partei- und Verbandsgrenzen hinweg – blieben leider ungehört. Deshalb ist jetzt das Klima mit Misstrauen vergiftet und eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema fällt zunehmend schwerer.

Angesichts der emotionalen Dimension des Themas möchten wir an alle Verantwortlichen nochmals appellieren, nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg schnelle und endgültige Entscheidungen ohne ausreichende Alternativen zu treffen. Es sollte ausreichend Zeit zur

Verfügung stehen, eine akzeptable Lösung in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess zu finden.

Nicht zuletzt wird es dabei auch darauf ankommen, die betriebswirtschaftlichen Zweifel an der bisherigen Kostenverteilung zwischen Furtwangen und dem Landkreis aus dem Weg zu räumen. Ich habe für unsere Fraktion an dem banalen Beispiel des Nutzungsgrades aufgezeigt, dass manche Zahlen durchaus mit Vorsicht zu genießen sind.

(Bitte machen Sie selbst die Probe: KH DS im Jahr 2001: Welcher Nutzungsgrad ergibt sich bei 260 Betten und 50.661 Pflegetagen? Die (falsche) Lösung steht auf Seite 4 des Wirtschaftsplans 2003 des Kreisklinikums).

Deshalb sollte auch hierbei dem weitverbreiteten Misstrauen durch eine Darlegung der Fakten die Basis entzogen werden.

Abschließend möchte ich unsere Position zum Haushaltsplan 2003 so zusammenfassen:

Der Haushalt 2003 ist ein echter Sparhaushalt. Noch nie war die Nettoinvestitionsrate auf einem so tiefen Niveau wie im Jahr 2003. Die Sparmaßnahmen stoßen dabei nicht nur an ihre Grenzen, sondern sind aus unserer Sicht sogar in weiten Bereichen kontraproduktiv. Neben denkbaren strukturellen Veränderungen sollten selbstverständlich auch zukünftig noch weitere Effizienzsteigerungen in der Verwaltung angestrebt werden. Trotzdem – und das möchte ich hier nochmals mit aller Klarheit sagen – wird das alles nicht ausreichen. Wir müssen auf der Erschließung neuer Einnahmequellen bestehen! Sonst laufen wir Gefahr, einerseits zunehmend handlungsunfähig zu werden und andererseits dennoch eine immer höhere Verschuldung aufzubauen. Bereits im kommenden Jahr wird die Verschuldung wieder ein Niveau wie Mitte der Neunziger Jahre erreicht haben. Und ein Ende dieser Entwicklung ist ohne zusätzliche Einnahmen nicht absehbar.

Ach ja, gestatten Sie mir noch einen kleinen Einwurf zur Wirtschaftsförderung: Wir haben bei der Gründung der regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft u.a. vorgeschlagen, die Vermarktung der in der Region produzierten Güter besser zu fördern und die Wertschöpfung beispielsweise auch dadurch zu erhöhen, dass mehr in der Region produzierte Energie auch hier konsumiert werden kann. Bisher hören wir von der Umsetzung solcher Überlegungen jedoch nichts. Wer nichts dafür tut, dass wirtschaftlich innerhalb des Kreises bzw. der Region etwas passiert, trägt nichts zur inneren Entwicklung bei und macht sich – zumal als Wirtschaftsförderungsgesellschaft – sehr schnell entbehrlich!

Was die Höhe der Kreisumlage betrifft, können wir uns mit einer Erhöhung um 1,9 Prozentpunkte mehrheitlich einverstanden erklären. Damit kann zumindest noch eine geringe Nettoinvestitionsrate erwirtschaftet werden. In diesem Sinn hoffen wir auf einen breiten Konsens im Kreistag und auf eine gemeinsame Kraftanstrengung zur Lösung der kommunalen Finanzprobleme.

Im Namen unserer Fraktion möchte ich allen Mitarbeitern der Kreisverwaltung für ihr Engagement recht herzlich danken.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.